



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

17. Jahrgang, Nummer 03 / 2020

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

in einigen Bundesländern haben die Herbstferien begonnen oder beginnen bald. Da findet Ihr hoffentlich Zeit zum Lesen unseres Newsletters. Von Anlagensicherheit über Gewässerschutz bis hin zur Verkehrspolitik werden wieder viele Themen angerissen – wie immer mit Links zu weiterführenden Informationen.



Protest gegen AKW und Atomanlagen bleibt wichtig!

Bitte unterstützt die Arbeit des BBU mit einer „Herbst-Spende“, damit wir auch in der anhaltenden Corona-Zeit weiterhin kräftig als Dachverband der Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich Flagge zeigen und Aktivitäten koordinieren können. Jeder gespendete Euro ist ein wichtiger Beitrag für den Umweltschutz und unterstützt die engagierte Arbeit des BBU.

BBU-Spendenkonto:
Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Stichwort: Herbst 2020

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch eine möglichst angenehme Herbst(ferien)zeit.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de

Themenbereiche

Anlagensicherheit

Aktuelle Informationen zum Ansiedlungsvorhaben Tesla

„Der Entwurf des geänderten Bebauungsplans für das Gebiet welches auch das TESLA Werk umfasst, liegt aus. Jeder ist aufgefordert sich an der Diskussion zu beteiligen.“ Quelle und weitere Informationen zum Verfahren unter <https://www.gesund-am-stienitzsee.de/entwurf-geaenderter-bebauungsplan-tesla-gelaende-oeffentliche-auslegung>

Die BI GLaS hatte sich ebenso wie der BBU auch in der Vergangenheit in das TESLA-Ansiedlungsvorhaben eingebracht. Mehr dazu unter

<https://www.gesund-am-stienitzsee.de/einwendungen-bi-glas-zu-geaenderten-tesla-antragsunterlagen/>
<https://bbu-online.de/Einwendungen/BBU%20Einwendung%20TESLA.pdf>

Und der Deutschlandfunk berichtet: „Der Freiburger Wasserexperte Nikolaus Geiler vom Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz schreibt in einer Mail an den Deutschlandfunk: Tesla könnte die ohnehin angespannte Lage der Verfügbarkeit von Grundwasser in der Region durchaus noch weiter verschärfen.“

https://www.deutschlandfunk.de/neues-werk-in-brandenburg-wie-tesla-seine-expansion.724.de.html?dram:article_id=484538

Mehr zur gesamten Thematik unter <https://www.bi-gruenheide.de>.

Artenschutz

Neues Projekt "DaLLi" für naturschutzfachlich hochwertige Dachbegrünungen im urbanen Raum

Dachbegrünungen können zum Natur- und Klimaschutz beizutragen, vor allem im urbanen Raum. Derzeit werden extensive Dachbegrünungen jedoch meist konventionell mit artenarmen Pflanzenmischungen aus gebietsfremden Arten und Zuchtsorten ausgeführt. Jetzt ist im Bundesprogramm Biologische Vielfalt ein neues Projekt gestartet, das Verfahren für die artenreiche Begrünung von Dächern mit gebietseigenen, blütenreichen Wildpflanzen weiterentwickelt und im Rahmen konkreter Maßnahmen erprobt. Das Bundesamt für Naturschutz fördert das Projekt "DaLLi – Extensive Dachbegrünungen in urbanen Landschaften als Lebensraum für Insekten" mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt mit rund 545.000 Euro.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums mit dem Bundesamt für Naturschutz. Quelle: <https://www.bmu.de/pressemitteilung/gruene-daecher-fuer-mehr-insektenvielfalt-1>

Atomenergie

Der BBU gratuliert der BIU Lüchow-Dannenberg / Kritik am Suchverfahren

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gratuliert der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zum Aus für das sogenannte Atommüll-Endlager in Gorleben. Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsorganisation des BBU und hat mehr als 40 Jahre, gemeinsam mit Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus, hartnäckigen Widerstand gegen die geplante Errichtung eines Atommüll-Endlagers in Gorleben geleistet.

Am 28. September hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren Bericht vorgestellt in dem öffentlich darlegt wird, welche Teilgebiete für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik in Frage kommen. Der Salzstock bei Gorleben wird jetzt ausgeklammert. Dennoch üben Bürgerinitiativen und Umweltverbände wie der BBU Kritik am weiteren Suchverfahren. 90 Regionen sind betroffen und fixer Termin ist die „Fachkonferenz Teilgebiete, die Mitte Oktober stattfinden soll. In einer Stellungnahme der Atommüllkonferenz, die von 50 Organisationen (incl. BBU) unterschrieben wurde, heißt es dazu u. a.:

Gegen den schnellen Start der Fachkonferenz Teilgebiete im Oktober sprechen zwei Argumente: Zum einen bleibt für die Vertreter*innen kommunaler Gebietskörperschaften jener Regionen, die erst Ende September erfahren, dass sie in einem „Teilgebiet“ leben, nicht genügend Zeit, um sich in die Materie einzulesen und sich abzustimmen, wer diese Regionen auf der Fachkonferenz Teilgebiete vertritt. Zum anderen verhindern BASE und BGE damit eine faire und dem Prinzip der Chancengleichheit entsprechende Befassung mit dem Bericht, denn in der kurzen Zeit zwischen Veröffentlichung des Berichts und der Auftaktveranstaltung ist es den Betroffenen nicht möglich, kritische Fachleute zu gewinnen, die am 17. Oktober eine zweite Meinung einbringen. Die Teilnehmenden haben also keine Chance, sich auf der Konferenz unabhängig zu informieren.“

Vollständiger Text der Stellungnahme der Atommüllkonferenz: <http://www.atommuellkonferenz.de>, Direktlink: http://www.atommuellkonferenz.de/wp-content/uploads/Stellungnahme-Auftakt-Fachkonferenz_2020-09-16_AMK.pdf

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 30.09.2020. Vollständiger Text:

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202020/30.09.20.pdf>

Neue Proteste gegen Uranmüllexport von Gronau nach Russland

Ein Rechtsgutachten des Europarechtlers Prof. Bernhard Wegener von der Universität Erlangen-Nürnberg, das für die Grünen im Bundestag erstellt wurde, belegt, dass die Uranmüllexporte von Gronau nach Russland gegen EU-Recht verstoßen – und zwar gegen die EU-Sanktionen gegenüber Russland in Zusammenhang mit der Krim-Annexion. Mit dieser Argumentationshilfe im Rücken wurde am 5. Oktober 2020 erneut gegen einen Sonderzug mit Uranmüll demonstriert, der in Gronau startete und zunächst den Hafen von Amsterdam als Zwischenziel hatte.

In Gronau steht die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage. Der Sonderzug, der am 5.10. in Gronau gestartet ist, musste vor Münster 5 Stunden wegen einer Abseilaktion engagierter Atomkraftgegnerinnen stoppen. Mehr dazu unter <https://sofa-ms.de>

Drohender Castortransport von Sellafield (GB) über Nordenham nach Biblis

Es verdichten sich die Informationen, dass der Transport mit den sechs Castor-Behältern von Sellafield über Nordenham in das Zwischenlager Biblis in der ersten Novemberwoche stattfinden soll. Das zuständige Bundesamt BASE hat den Weg freigemacht, tausende Polizisten werden derzeit mobilisiert, um den Atommüll an sein Ziel zu bringen.

Der Landesverband Hessen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat jetzt beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel Klage gegen den Sofortvollzug erhoben. Seit Februar 2020 hatte der BUND in drei Widerspruchsschreiben erhebliche Sicherheitsmängel der Behälter gerügt, über die noch gar nicht entschieden wurde. Der Castor soll trotzdem rollen.

Aus aktuellem Anlass hat die Kampagne Castor 2020 eine Online-Vortragsreihe konzipiert, da unter den aktuellen Bedingungen Mobilisierungsveranstaltungen ja eher schwer zu machen sind.

Zur Zeit werden die Protestaktionen gegen den gefährlichen und unnötigen Transport vorbereitet. Es wird voraussichtlich Mahnwachen und Treffpunkte in Nordenham, Bremen, Oldenburg und am Bahnhof in Biblis geben.

Aus einer Rundmail des Bündnis CASTOR stoppen vom 6.10.2020. Ausführliche Infos und Termine: <https://castor-stoppen.de>

Bodenschutz

Kinostart „Unser Boden, unser Erbe“

Der Dokumentarfilm „Unser Boden, unser Erbe“ zeigt, wie wichtig und zugleich extrem bedroht unsere Lebensgrundlage, der Boden ist. Regisseur Marc Uhlig vermittelt eindringlich, warum die kostbare Ressource unsere größte Wertschätzung verdient. Denn wir alle können zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit beitragen – ob als LandwirtIn, GärtnerIn oder KonsumentIn im Supermarkt! ExpertInnen wie TV-Köchin Sarah Wiener und Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker geben wertvolle Denkipulse. Ein inspirierendes Plädoyer für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und nachhaltige Ernährung. Pünktlich zum Erntedankfest ab 8. Oktober 2020 in den Kinos.

Infos / Filmtermine: <https://www.wfilm.de/unser-boden-unser-erbe/kinotermin>



Desinfektionsmittel

Hamburger Umweltinstitut warnt vor Gesundheitsgefahren durch Desinfektionsmittel

Im Rahmen der Corona-Krise werden Desinfektionsmittel in großen Mengen eingesetzt, nicht nur zur Handdesinfektion, sondern auch zur Desinfektion von Gegenständen und Böden. Ganze Straßenzüge werden mit Desinfektionsmitteln behandelt. Dabei sind jedoch eine Reihe von Aspekten zu berücksichtigen, die vielleicht im Eifer des Kampfes gegen die Pandemie zu wenig beachtet werden.

Zum einen sind viele der Inhaltsstoffe von Desinfektionsmitteln gesundheitsschädlich (bspw. krebserregend, sensibilisierend, allergieauslösend, lungen-, leber- und nervenschädigend). Dies gilt beim Einatmen des Nebels aus Sprühflaschen und bei der Anwendung auf der Haut. Zum Beispiel ist das verwendete Isopropanol weitaus giftiger als üblicher Trinkalkohol und auch Aldehyde und Ketone, genauso wie zusätzliche Prozess-Chemikalien und Duftstoffe, weisen ein erhebliches Gesundheitsrisiko auf. Zum anderen ergibt sich das Problem, dass durch die häufige Verwendung dieser fettlösenden Mittel die Hautflora geschädigt wird, sich Resistenzen der entsprechenden Keime bilden können und Dermatosen möglich sind. Durch die ausgetrocknete Haut besteht ein viel höheres Risiko, sich die schmerzenden Hände ins Gesicht zu reiben und auf diese Weise noch mehr Keime zu übertragen. Eine entsprechende Feuchtigkeitscreme kann das Problem zusätzlich verschärfen, da die fetthaltige Außenseite des Coronavirus dadurch geradezu aktiv festgehalten wird.

Zusätzlich warnt das Hamburger Umweltinstitut vor der Gefährlichkeit und dem Risiko durch Verschlucken und durch Augenkontakt.

Die Warnung des Hamburger Umweltinstituts bezieht sich dabei ausschließlich auf die übertriebene Verwendung von Desinfektionsmitteln außerhalb des eigentlichen medizinischen Bereichs.

Quelle und vollständiger Text: <https://www.nano-control.org/pressemitteilung-hamburger-umweltinstitut-warnt-vor-gesundheitsgefahren-durch-desinfektionsmittelhamburger-umweltinst-org-27-04-2020>

Fracking / Gas- und Ölbohren

Keine weiteren Subventionen für fossile Energieträger!

Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender des Öl- und Gaskonzerns Wintershall Dea forderte beim live gestreamten Politalk „European Green Deal: Kickstart mit Gas“ in Berlin die Förderung umfangreicher Investitionen in CCS-Technologien.

„Dies ist ein weiterer Versuch, die Energiewende zu torpedieren und neue fossile Infrastruktur mit Hilfe von Steuermitteln in Höhe von zig Milliarden Euro zu schaffen. Dabei ist Deutschland schon jetzt das Land in Europa mit den höchsten Subventionen für fossile Energieträger. Sauberes Erdgas ist eine schmutzige Lüge“, sagt Dr. Reinhard Knof, Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.. Die Bürgerinitiative setzt sich seit 2009 gegen CO2-Endlager und für eine Energiewende ein.

Der von der Gas-Industrie geforderte massive Ausbau der Gas-Infrastruktur, seien es neue Pipelines wie Nord-Stream-2 oder die LNG-Terminals in Brunsbüttel, Stade oder Wilhelmshaven nebst einer CCS-Infrastruktur würde zwischen 50 und 100 Mrd. Euro an Steuermitteln kosten und die zentrale Rolle fossiler Ener-

gieträger über Jahrzehnte festschreiben. Damit wäre die Energiewende in Europa gescheitert und das Abkommen von Paris 2015 gebrochen.

„Wir erleben gerade die massiven Probleme bei der Suche nach einem atomaren Endlager und brauchen nicht noch eine zusätzliche CO₂-Endlagerdiskussion. Die Energiewende kann nur erneuerbar gelingen. Jeder andere Weg führt direkt in die Klimakatastrophe.“

<https://businessportal-norwegen.com/2020/09/29/european-green-deal-wintershall-dea-fordert-kickstart-mit-gas/>

Dr. Reinhard Knof; Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V.

Quelle: <https://www.keinco2endlager.de/pm-keine-weiteren-subventionen-fuer-fossile-energietraeger>

Fridays For Future (FFF)

Forderungen von FFF

Die Verhandlungen für 2030 bewegen sich aktuell im Bereich zwischen 50 bis 65% Treibhausgasreduktion, für 2050 wird weitgehende Treibhausgasneutralität angestrebt. Da diese Ziele nicht genug sein werden, um das 1,5 °C-Ziel einzuhalten, haben wir in den letzten Monaten Forderungen erarbeitet, die aufzeigen, was wir an grundsätzlichen Veränderungen benötigen. Mit diesen Forderungen an die deutschen Vertreter*innen auf EU-Ebene können, anders als mit den aktuellen Plänen, die katastrophalsten Folgen der Klimaerwärmung noch aufgehalten werden:



Unsere Forderungen

Die Europäische Union muss bis zum Jahr 2035 Treibhausgas-Nettonull erreichen. Dafür ist eine Reduktion der Treibhausgase um 80% bis zum Jahr 2030 unabdingbar.

Um diese Reduktionsziele erreichen zu können, benötigt es:

1. ein rechtlich verpflichtendes CO₂-Budget für die Europäische Union von ab sofort noch 20 Gigatonnen, welches sich aus den oben genannten Reduktionszielen ergibt und sich in abnehmende Jahresbudgets aufteilt.

2. die Einhaltung der Reduktionsziele sowie der planetaren Grenzen als höchste Ziele der Europäischen Union*, welche in Abwägungssituationen auch höher als das Wirtschaftswachstum gewichtet werden.

*neben Menschenrechten und Demokratie

3. die Abschaffung aller Subventionen für fossile Energieträger in der gesamten Europäischen Union.

4. die Angleichung der Klima- und Umweltrichtlinien in allen Handelsverträgen an das verfügbare CO₂-Budget und die planetaren Grenzen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und historischen Emissionsverantwortung ist die EU in der Pflicht, die Umsetzung finanziell und technisch maßgeblich zu unterstützen, ohne in die Souveränität der beteiligten Länder einzugreifen.

5. eine ganzheitliche Umstrukturierung der europäischen Agrarsubventionen, eine Verringerung der Tierbestände und die Wiedervernässung von Mooren, sowie eine maßgebliche Förderung von Negativ-Emissionen generierenden Praktiken wie Agroforstsystemen. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir die Ziele der EU-Politiker*innen nicht unterstützen können und ein klares Zeichen für Klimagerechtigkeit setzen. Denn wenn die EU, mit richtigen, ehrlichen Schritten nach vorne geht, dann werden sich andere Staaten anschließen und wir stehen alle gemeinsam für einen Aufbruch in der internationalen Politik. Und wenn die EU diese Verantwortung nicht wahrnimmt – dann fordern wir diese gemeinsam ein!

Quelle und weitere Informationen: <https://fridaysforfuture.de/eu-forderungen>

Friedensbewegung

Netzwerk Friedenskooperative lehnt Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen ab

Anlässlich der heute (5.10.2020) stattfindenden Anhörung im Verteidigungsausschuss zur Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen bekräftigt das Netzwerk Friedenskooperative seine Ablehnung gegenüber diesen Plänen. Es ist zu befürchten, dass das Verteidigungsministerium die Debatte nach der Anhörung für beendet erklärt und dem Bundestag eine Vorlage zur Bewaffnung vorlegen wird und die Verteidigungs- und Haushaltsausschüsse dieser mehrheitlich zustimmen werden.

„Große Teile der Bevölkerung lehnen die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen ab. Wir fordern die Abgeordneten des Bundestages auf, die Bedenken der Menschen ernst zu nehmen und die gefährliche Rüstungsspirale nicht weiterzudrehen.“, erklärt Marvin Mendyka vom Netzwerk Friedenskooperative. „Weltweit werden Kampfdrohnen völkerrechtswidrig zu sogenannten ‚gezielten Tötungen‘ eingesetzt. In den Gebieten, in denen sie eingesetzt werden, haben diese Waffen zu einer Entgrenzung des Krieges, zu tausenden Todesopfern und zur dauerhaften Terrorisierung der Bevölkerung geführt.“, so Mendyka weiter.

Quelle und weitere Informationen:

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/netzwerk-friedenskooperative-lehnt-bewaffnung-von-bundeswehr>

Gewässerschutz

Greenpeace-Schiff Beluga II sucht Ursprung von starker Verunreinigung mit Mikroplastik im Rhein bei Köln

Mit dem Aktionsschiff Beluga II untersucht Greenpeace für 24 Stunden das Ausmaß der Verschmutzung mit Mikroplastik im Rhein bei Köln.

Von zwei Schlauchbooten aus nehmen die Umweltschützerinnen und -schützer mit feinmaschigen Netzen eine große Zahl an Wasserproben. Diese untersuchen sie anschließend an Bord des Schiffes auf Mikroplastik. „Sowohl bei Krefeld als auch bei Köln haben wir während unserer bisherigen Expedition erhöhte Konzentrationen an Mikroplastik nachweisen können“, sagt Greenpeace Chemie-Experte Manfred Santen. „Deswegen untersuchen wir diese Orte jetzt in über 24 Stunden. Dann wissen wir genauer, wie und woher das Mikroplastik in den Rhein kommt“.

Aus einer Greenpeace-Pressemitteilung vom 5.10.2020, Quelle und vollständiger Text:

<https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/greenpeace-schiff-beluga-ii-sucht-ursprung-von-starker-verunreinigung-mit>

Müll

2. Erörterungstermin zum Erweiterungsantrag der Zentraldeponie Emscherbruch beendet

Der Kampf der Bürgerinitiative „Uns-Stinkts“ gegen die geplante nochmalige Erweiterung der 50 Jahre alten Zentraldeponie Emscherbruch um weitere 4,6 Mio m³ Abfall und gegen eine Verlängerung der Genehmigung um weitere 10 Jahre wurde heute im 2. Erörterungsverfahren erheblich behindert. Die vollständig erschienenen Einwender sowie zahlreiche Gäste erlebten heute die extensive Amtsgewalt der Bez.Reg. Münster als verfahrensverantwortliche Behörde. Mit Hinweis auf seine Befugnis, den Ablauf der Erörterung zu bestimmen, untersagte der Verhandlungsleiter die Behandlung von Themen, die Fehler seiner Behörde betreffen und von Themen, die, seiner Auffassung nach, bereits im ersten Termin behandelt worden waren.

Er erlaubte den Einwendern nicht, ihre Einwendungen im Detail zu erläutern, Informationen und Fragen an die Antragstellerin und die Bez.Reg. anhand von Präsentationen zu formulieren und damit von ihrem Recht auf „substantielle Anhörung“ Gebrauch zu machen. Fragen zu Inhalten, Ergebnissen und Verfahren des von der Bez.Reg. erst im Juni dieses Jahres beauftragten humantoxikologischen Gutachtens wurden vom Verfahrensleiter abgeblockt, eine Antwort wurde verweigert. Dieses bürgerfeindliche Verhalten führte schließlich zu einem Antrag der Vertreter der Bürgerinitiative „Uns stinkts“, die Befangenheit des Verhandlungsleiters festzustellen, um die offensichtlichen Behinderungen ihrer Rechte im Erörterungstermin durch das Verhalten des Verhandlungsleiters zu beenden. Auch dieser Antrag wurde nach Beratung der Verhandlungsführung mit ihrer vorgesetzten Dezernatsleitung abgelehnt.

Für die Bürgerinitiative UNS STINKTS: Heinz-Peter Jäkel

Quelle und vollständiger Text der Pressemitteilung der BI vom 20.8.2020 unter

<http://bi-uns-stinkts.de/wp-content/uploads/2020/08/Pressemitteilung-20.08.2020.pdf>

Tongerfahren

Offener Brief an Bundesminister

Die internationale Stiftung nano-Control hat im Sommer einen offenen Brief u. a. an Bundesumweltministerin Svenja Schulze, an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie an den Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil geschickt. Mit dem Brief möchte die Stiftung auf verschiedene Aspekte zur Situation in Verbindung mit den Emissionen aus Laserdruckern in der Innenraumluft aufmerksam machen. Der vollständige Brief kann nachgelesen werden unter

<https://www.nano-control.org/offener-brief-an-bundesminister-zu-neuen-aspektennano-control-28-06-2020>.

Verkehr:

Ausbaustopp A49: Rettet den Dannenröder Forst und Herrenwald!

Das Aktionsbündnis „Keine A49“, fordert in einer Petition an das hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen den sofortigen Rodungsstopp im Dannenröder Forst und Herrenwald sowie den Baustopp für den Ausbau der Autobahn A49! In der Petition heißt es:

Wir stellen uns gegen die Zerstörung eines intakten Natur-, Arten- und Trinkwasserschutzgebiets zugunsten eines Verkehrskonzepts, das in Zeiten der Klimakrise grundsätzlich überdacht werden muss!

Wir fordern die Einhaltung der Klimaziele für die kommenden Generationen! Dazu gehören der unbedingte Schutz des Waldes als CO₂-Speicher und die Neuausrichtung bestehender Verkehrskonzepte unter Einbezug der Schiene! Wir kämpfen für ein starkes Mittelhessen, das Wirtschaft und Ökologie in Einklang bringt!

Weitere Informationen und Möglichkeit zur Online-Unterschrift: https://weact.campact.de/petitions/ausbaustopp-a49-rettet-den-dannenroder-forst-und-herrenwald?signature_token=19a37e9862d9cbdfcd4b408e005120a84f7997e7

mobilogisch! 3/20 erschienen

In der Spätsommer-Ausgabe (3/2020) der mobilogisch drehen sich einige Beiträge um das Thema Corona & Mobilität, z.B.: Gefühlses Wissen, Beobachtungen und Zählungen. - Im zweiten Teil von „Älter werden ist nicht schwer..“ untersuchen wir, wie die Älteren bei der Verkehrsmittelwahl „aufholen“. - Wir stellen neue Aspekte zum Thema „Geschützte Kreuzungen für Rad- und Fußverkehr“ vor. - Sind Ausschreibungen im Schienennahverkehr tatsächlich der Weisheit letzter Schluss? - Ein Städtevergleich in der Schweiz zeigt, wie man Schwachstellen in der Fußverkehrsinfrastruktur aufdecken kann. - Pünktlichkeit der Bahn: Steigen Sie nicht am falschen Bahnhof ein! - Wir schlagen eine Schlankheitskur fürs Auto vor. - Angesichts des Herumeierns des Verkehrsministers haben wir 66 Schritte zu fairen Regeln erarbeitet. - Warum gibt es kaum Zebrastreifen? - In unserer Reihe „Best practice Verkehrsberuhigung berichten wir aus Pontevedra und Brüssel. - Baden-Württemberg: Ministerieller Erlass gegen Falschparken vorbildlich. - Die faule Ausrede: Getrennte Signalisierung braucht Platz

Quelle und Informationen zu Bezugsmöglichkeiten: <https://www.umkehr.de>



10 Jahre schwarzer Donnerstag: Umstieg jetzt statt S21-Schrecken ohne Ende

Am 30. September 2020 jährt sich zum zehnten Male ein Tiefpunkt der bundesdeutschen Demokratie-Geschichte: In Stuttgart wurde eine friedliche Demonstration gegen das monströse Großprojekt „Stuttgart 21“ mit Wasserwerfern und brutaler Polizeigewalt auseinander getrieben. Dabei gab es Hunderte Verletzte und mehrere Schwerverletzte. Einige von ihnen leiden noch heute unter den Folgen dieses von höchster Stelle befohlenen und befürworteten Einsatzes.

Das Bündnis „Bahn für Alle“ und die Bahn-Experten von „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ fordern angesichts des 10-jährigen Fiaskos zusammen mit dem Stuttgarter Aktionsbündnis einen sofortigen Baustopp und einen geordneten „UMSTIEG 21“ mit einem leistungsfähigen Kopfbahnhof und einem zukunftsweisenden Schnellbahnsystem in und um Stuttgart. Aus einer Pressemitteilung des Bündnisses Bahn für Alle vom 30.09.2020. Vollständiger Text unter <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/pressemitteilungen/2020/10-jahre-schwarzer-donnerstag.php>

Nachruf

Wir trauern um unsere gute Freundin **Christina Burchert** vom Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf, www.facebook.com/AKU.Schuetdorf



Am 5.9.2020 verlor Christina mit 58 Jahren ihren Kampf gegen den Krebs. Unser tiefes Mitgefühl gehört ihrem Mann, ihrem Bruder und den weiteren Angehörigen. Christina war eine tragende Säule der Anti-Atomkraft-Bewegung u. a. in Gronau, Lingen und Ahaus. Ihre menschliche Warmherzigkeit, ihre positive Lebenseinstellung, ihre Energie und ihre Selbstlosigkeit machten sie zu einer ganz besonderen Persönlichkeit. Besonders wichtig war Christina die internationale Zusammenarbeit, u. a. mit AktivistInnen aus Afrika und Russland.

Um Christinas Arbeit zu würdigen, rufen wir zu Spenden für die Anti-Atom-Arbeit im Niger und in Südafrika auf. Konto: NUG e. V., IBAN DE71 4016 4024 0143 1961 00, Volksbank Gronau-Ahaus, Stichwort: Christina

Christina, Du fehlst uns!

Deine Freundinnen und Freunde aus der internationalen Anti-Atomkraft-Bewegung

Foto: Trauermahnwache vor der UAA Gronau, 18.9.2020, <https://atomstadt-lingen.de/2020/09/18/wir-trauern-um-christina-burchert>

Terminhinweise auf der BBU-Terminseite: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2020, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 20.10.2020. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.